

Bundesrat ignoriert Volksinitiative

Kampfjet-Kauf Die Regierung will die Abstimmung nicht abwarten und den Kaufvertrag unterschreiben. Derweil meldet das Initiativkomitee: «Wir sind bald so weit.» Wie geht es nun weiter?

Beni Gafner und
Markus Häfliger

Schon in der Sommersession vom Juni diskutiert der Ständerat die Armeebotschaft 2022. In der Vorlage soll festgeschrieben werden, dass der Bundesrat den Beschaffungsvertrag für die 36 neuen F-35-Kampfjets bis Ende März 2023 unterschreiben soll. Dies verlangt die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats. Weil der Bundesrat noch vor Juni dazu Stellung nehmen muss, wurde das Thema am Mittwoch im Bundesrat diskutiert.

Verteidigungsministerin Viola Amherd (Die Mitte) setzte sich dort mit ihrem Antrag durch, den Kaufvertrag für die neuen Jets bis im März 2023 zu unterzeichnen – eine allfällige Volksabstimmung über die hängige «Stopp

Sobald das Parlament dem Kauf der F-35-Jets formell zustimmt, wird der Vertrag unterzeichnet.

F-35»-Initiative wird nicht abgewartet. Dem Vernehmen nach gab es im Bundesrat gegen Amherds Antrag keine Opposition.

Wo steht die Flugzeugbeschaffung?

Der Bundesrat hat 2021 entschieden, für 6,035 Milliarden Franken 36 Kampfjets F-35A aus den USA zu kaufen. Der Kaufvertrag ist noch nicht unterschrieben. Die US-Offerte ist bis Ende März 2023 gültig. Gegen diesen Kauf haben SP, Grüne und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee die Volksinitiative «Stopp F-35» lanciert. Der Initiativtext lautet: «Der Bund beschafft keine Kampfflugzeuge des Typs F-35.» Bei einer Annahme der Initiative würde das Kaufverbot in der Bundesverfassung verankert.

Wo steht die Initiative?

Die Frist für die Unterschriftensammlung läuft am 1. März 2023



36 Stück dieses Jets will der Bundesrat kaufen: F-35 in Fort Worth, Texas. Foto: Angel DelCueto (Lockheed Martin)

Bundesrat unterstützt Ausbaupläne der Armee

Rasche Beschaffung der F-35-Kampfjets, zusätzliche Mörser und Cyberabwehrsysteme sowie eine generelle, schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben: Der Bundesrat ist mit diesen Forderungen aus dem Parlament einverstanden, wie er gestern bekannt gab. 2023 soll der Plafond der Armeeausgaben um 300 Millionen Franken erhöht werden. Ab 2024 sollen die Armeeausgaben jährlich schrittweise so steigen, dass sie 2030 ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Weiter soll in der Armeebotschaft 2022 verankert werden, dass der Bundesrat die Beschaffungsverträge der 36 neuen F-35-Kampfjets bis Ende März 2023 unterschreiben soll. Festhalten will der Bundesrat an der Ausserdienststellung der F-5-Tiger-Flotte. (sda)

ab. Laut Initiativkomitee sind gut 88'000 Unterschriften beisammen. Damit die Initiative zustande kommt, sind 100'000 gültige Signaturen nötig.

Was ist Amherds Problem?

Selbst wenn die Initiative morgen eingereicht würde, würde es zeitlich nicht mehr reichen, die Volksabstimmung vor Ablauf der Offerte durchzuführen. Das bedeutet: Entweder wartet die Schweiz die Abstimmung ab und lässt die Offerte verfallen. Oder sie unterschreibt den Vertrag, bevor das Volk abgestimmt hat.

Kann man die Offerte nicht verlängern?

Eine Verlängerung der Offerte wäre nur mit Einverständnis der Amerikaner möglich. Eine entsprechende Anfrage habe man an die USA gerichtet, sagte Amherd am Montag in Bern an einem Podiumsgespräch der Tammedia-Zeitung «Der Bund». «Da haben wir noch keine Antwort», sagte Amherd wörtlich.

Was, wenn die Initiative nachträglich durchkommt?

Das würde den Kauf nicht mehr rückgängig machen, sagte Verteidigungsministerin Viola Am-

herd am Podiumsgespräch. Zwar würde dann in der Bundesverfassung der Satz stehen: «Der Bund beschafft keine Kampfflugzeuge des Typs F-35.» Doch dieses Kaufverbot, so führte Amherd aus, würde nur für eine allfällige zweite Tranche von Flugzeugen gelten. Mit anderen Worten: Sobald das Parlament dem Kauf der F-35-Jets formell zugestimmt hat, wird der Kaufvertrag unterzeichnet. Dann kann das Volk Nein oder Ja sagen zur «Stopp F-35»-Initiative – der US-Jet wird so oder so gekauft.

Wie reagiert die Linke?

SP-Nationalrätin und F-35-Gegnerin Priska Seiler Graf bezeichnet den Bundesratsentscheid vom Mittwoch als «demokratiepolitisch sehr problematisch». Politische Abläufe, die sonst immer gälten, würden nun ohne Belege für die Richtigkeit der Annahmen des Bundesrats über den Haufen geworfen. Und dies, wo doch die Schweiz militärisch gar nicht direkt bedroht sei. «Es stimmt mich nachdenklich, dass der Bundesrat die Spielregeln und unsere politischen Gepflogenheiten im Umgang mit Andersdenkenden nicht einhält.» Der öffentliche Vorwurf von bürgerlicher Seite sei völlig falsch, die Initianten verschleppten die Unterschriftensammlung absichtlich, um so eine Abstimmung möglichst lange hinauszuzögern. «Wir sind bald so weit», sagt Seiler Graf. Selbstredend halte man an der Volksinitiative fest, verspricht die Sicherheitspolitikerin.

Wer setzt sich durch?

Das Vorgehen der Regierung wurde durch die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats vorgezeichnet. Die tragenden Rollen spielten dort in dieser Frage der Berner SVP-Sicherheitspolitiker Werner Salzmann und FDP-Präsident Thierry Burkart. Es ist davon auszugehen, dass nach dem Bundesrat auch eine bürgerliche Mehrheit im Parlament will, dass der Kaufvertrag für die neuen Jets bis Ende März 2023 unterzeichnet wird. Das Argument, Volksinitiativen hätten keine aufschiebende Wirkung, dürfte sich aller Voraussicht nach durchsetzen.

Politische Lösungen gegen Armut liegen auf dem Tisch

Prävention Die Hilfsorganisation Caritas fordert vom Staat mehr Engagement.

722'000 Personen sind in der Schweiz von Armut betroffen. 133'000 davon sind Kinder. Das hat das Bundesamt für Statistik für das Jahr 2020 berechnet. Das entspricht 8,5 Prozent der Bevölkerung. Als arm gilt, wem monatlich weniger als 2279 Franken (Einzelperson) oder 3963 Franken (vierköpfige Familie) zur Verfügung stehen.

Die Hilfsorganisation Caritas hat diese Woche anhand einer Studie über den Kanton Bern aufgezeigt, dass viele Menschen nur knapp über der Armutsgrenze leben und rasch in die Armut abrutschen können. Parallel stellt Caritas auch politische Forderungen. «Vor allem die Kantone müs-

sen die Armutsentwicklung auf der Grundlage der Steuerdaten besser beobachten und die Armutsprävention verbessern», sagt Aline Masé, Leiterin der Caritas-Fachstelle Sozialpolitik. Konkret sollen die Kantone vor allem Familien mit Ergänzungsleistungen unterstützen, um sie von Wohnungsmieten und Krankenkassenprämien zu entlasten. Masé verweist hierbei auf die Kantone Waadt, Genf, Tessin und Solothurn, die mit Ergänzungsleistungen Familien aus der Armut halfen oder sie vor ihr schützten.

Caritas stellt in ihrer Arbeit ebenso fest, dass werktätige Eltern häufig in höheren Pensen arbeiten wollen, um mehr zu ver-

dienen, wegen zu teurer Kinderbetreuungsangebote aber daran gehindert werden. Anderen Eltern wiederum fehlt der Zugang zu Bildung und Weiterbildung, um auf diesem Weg das monatliche Einkommen zu verbessern.

Vorschläge im Parlament

Die Politik arbeitet an verschiedenen Massnahmen. Die Freiburger SP-Nationalrätin Valérie Piller Carrard will mit einer parlamentarischen Initiative dafür sorgen, dass Familien in der gesamten Schweiz mehr Ergänzungsleistungen zukommen. Die Nationalratskommission stimmte der Initiative zu, die ständerätliche lehnte sie ab. Das Schick-

sal der Initiative liegt jetzt beim Ständerat.

Im Juni kommt hingegen die Prämienentlastungsinitiative der SP in den Nationalrat. Sie verlangt, dass in der Schweiz kein Haushalt mehr als 10 Prozent seines Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss. Obschon die Initiative dem Bundesrat zu weit geht, will er die Kantone mit einem indirekten Gegenvorschlag zu höheren Prämienverbilligungen verpflichten. Das Volk dürfte 2023 über die Initiative abstimmen. Darüber hinaus sammelt die SP derzeit Unterschriften für ihre Kita-Initiative. Diese verlangt, dass Eltern künftig höchstens 10 Prozent ih-

res Einkommens für Kita-Plätze ausgeben müssen.

Alessandro Pelizzari ist Direktor der Waadtländer Fachhochschule für soziale Arbeit und war als früherer Unia-Gewerkschafter an der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Genf beteiligt. Er empfiehlt eine solche Massnahme auch für andere Kantone: «Dank Mindestlöhnen verdienen in Genf Working Poor substantiell mehr und sind so aus der Sozialhilfe gekommen. Armutsbekämpfung ist dann am effektivsten, wenn sie die Armutsursachen in den Blick nimmt.»

Philippe Reichen
und **Markus Brotschi**

Für Massnahmen sind künftig die Kantone zuständig

Pandemie Falls die Corona-Zahlen im Herbst wieder rasch steigen sollten, ist nicht mehr der Bund, sondern sind die Kantone zuständig dafür, allfällige Massnahmen wie Maskenpflicht oder Zugangsbeschränkungen anzuordnen und untereinander zu koordinieren. Der Bundesrat hält trotz Kritik in der Vernehmlassung an diesem Grundsatzentscheid fest.

Der Bund unterstützt die Kantone bei Bedarf. Eingreifen würde er aber nur, «wenn die Bemühungen der Kantone nicht ausreichen, die Verbreitung des Virus zu verhindern, und eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit droht», heisst es im verabschiedeten Grundlagenpapier. (sda)